

Merkwürdige Uebereinstimmung.

Somit sagen grundsätzlich lehnen die verfassungsmäßige Tätigkeit des Reichsrates bekanntlich nur die Deutschradikalen ab. Wohl gibt es unter den Deutschbürgerlichen auch Leute, denen der gegenwärtige Zustand kein übergroßes Bedenken erregt, denen es also nur eine Art Doktorfrage ist, ob wir so regiert werden, wie es jetzt der Fall, oder regiert werden, wie es die Verfassung bestimmt. Aber wenn ihnen der Reichsrat gleichgiltig ist, so auch der Zustand, der davon das Gegenteil; bekämpft, und zwar leidenschaftlich bekämpft, wird die Einberufung des Reichsrates nur von den Deutschradikalen. Für den Herrn Wolf ist derjenige, der die Einberufung fordert, einfach ein „Verräter“. Er hat nun jenen Nationalen, die nicht alle werden, vorige Woche die „Gründe“ seiner Haltung auseinandergesetzt. Wir sind nicht so unhöflich wie etwa das „Salzburger Volksblatt“, ein bürgerlich nationales Blatt, das daraufhin gemeint hat, Herr Wolf „verstehe sich auf die politische Komödie“, sondern wollen, weil das den Herrn Wolf besser charakterisiert, ganz einfach angeben, was er gegen die Einberufung ins Treffen führt. Herr Wolf meint, das wahre Heil liege in der „Osterbegehreschrift“ — offenbar eines von den vielen unbekanntenen „Programmen“, die jetzt hervorgebracht werden —, deren Forderungen „für die innere staatliche Gestaltung nach dem Kriege Sicherheit, Ordnung, Wohl des Staates und des Herrscherhauses verbürgen“. Ihre Hauptforderungen sind: deutsche Staatsprache, Regelung des Schulwesens im Sinne der Geltung der deutschen Sprache und Lösung der galizischen Frage. Durch das Parlament kann diese Neuordnung der Dinge in Oesterreich nicht erreicht werden. Für diese erste und dringende Notwendigkeit muß also ein anderer Weg als der parlamentarische gefunden werden. Von dem jetzigen Parlament ist keine Ordnung im deutschen Sinne zu erwarten und einem deutschen Politiker kann doch die Wahl zwischen den deutschen Forderungen und dem Staatsinteresse einerseits und einem Parlamentarismus, der keinen Schutz Pulver wert ist, andererseits nicht schwer werden. Wenn der § 14 in früheren Zeiten unbedenklich gegen die Interessen der Deutschen in Oesterreich angewendet werden konnte, so kann er doch jetzt einmal auch Anwendung für die Gesundung des Staatswesens finden. Gegenwärtig würde sich das Parlament wie ein Sperrblock auf den Weg legen, der einzig und allein zur Ordnung und Gesundung in Oesterreich führen kann...“ Herr Wolf will also das Parlament nicht, weil er fürchtet, daß von ihm die „deutsche Ordnung“ nicht zu erwarten sei; er will den Zustand des § 14, weil er von ihm die Erfüllung der „deutschen Forderungen“ gewärtigt. Aber worauf beruht die Hoffnung dieses Erwartens? Herr Wolf wird doch nicht ein so leichtsinniger Tor sein, daß er bloß „hofft“: wenn

sich eine Partei entschließt, das Parlament zu verwerfen und dem § 14 zu huldigen, so muß sie doch irgend welche Bürgschaften dafür haben, daß der § 14 sie nicht enttäuschen werde. Es ist gewiß seltsam, daß jene „Osterbegehreschrift“ nicht einmal veröffentlicht werden darf, Herr Wolf aber dennoch überzeugt ist, daß sie — erfüllt werden wird! Diese Hoffnung auf das „Wunderbare“, das sich plötzlich, wie durch Erleuchtung, verwirklichen wird, ist so kindisch, daß es natürlich ganz ausgeschlossen ist, daß Herr Wolf derlei Erwartungen ernstlich hegt. Die Deutschradikalen wollen das Parlament nicht, weil sie den gegenwärtigen Zustand in allen seinen Ausstrahlungen erhalten wollen und wohl wissen, daß dem Kommen des Reichsrates mancherlei Gehen vorgehen müßte.

Während nun die extremsten der deutschen Nationalisten gegen die Einberufung wettern, sind ihre Gegenspieler, die tschechischen Nationalisten, eben so gegen die Einberufung! Das ist doch eine Uebereinstimmung, die in der österreichischen Geschichte nicht jeden Tag da war! In den „Narodni Listy“, dem bekannten tschechischen Hauptorgan, werden gegen die Einberufung hundertundein Grund vorgeführt; wir hätten unser Lebtag nicht geahnt, was alles der Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung im Wege steht. Das tschechische Hauptblatt ist mit der zurückhaltenden Haltung des Grafen Stürgkh vollständig einverstanden; ohne ausreichende Bürgschaften, daß im Parlament nichts geschehen werde, was dem Reiche in Hinsicht des Kriegszustandes Schaden bringen könnte, sei an eine Einberufung nicht zu denken. Aber mit dieser Besorgnis um die Interessen des Staates begnügt es sich nicht; es tauchen noch viele andere Fragen auf. Man müßte dem Parlament eine große programmatische Regierungserklärung unterbreiten, die nicht nur zum ganzen Reiche, sondern zu ganz Europa spräche, und das Parlament müßte ebenso bedeutsam antworten. Dann müßten zwei Staatsvoranschläge vorgelegt werden, weiter alle § 14-Verordnungen, Gesetzentwürfe über die Kriegsanleihen und über die Verwendung der Landwehr außerhalb der Reichsgrenzen; das Parlament müßte für sie alle Ausschüsse wählen, dann müßte man auch einen Legitimationsausschuß wählen wegen der galizischen Mandate aus dem besetzten Gebiet; dann sind so viele Mandate durch Tod erledigt, dann ist die Frage nach einer neuen Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses zu lösen; dann ist mit einer reichen Initiative der Nationen zu rechnen: die Polen werden die polnischen Fragen gelöst haben wollen, die Ruthenen die ruthenischen verhandeln, die Deutschen denken an ihre Neuordnung und ebenso würden sich die südslawische, die italienische und die tschechische Frage melden; auch auf finanziellem und auf sozialem Gebiet würden Fragen auftauchen; dies und das würde doch viel Vorbereitung brauchen, und so könnte der Reichsrat erst spät zusammentreten und im Juni des nächsten Jahres läuft das Mandat des Abgeordnetenhauses ohnedies ab. Deshalb, sagt das tschechische Blatt wörtlich, „ist es für besonnene Menschen ganz und gar verständlich, daß Graf Stürgkh der Forderung nach Einberufung des Reichsrates außerordentlich zurückhaltend gegenübersteht. Er kann von seinem Standpunkt gar nicht anders handeln, indem er sich seiner unermesslichen Verantwortung nach allen Seiten bewußt ist, vor seinem Monarchen, vor dem ganzen Reiche, vor ganz Europa.“ ... An die Prager Argumentation, die genau so ernst gemeint ist wie die des Herrn Wolf, ein Wort zu wenden ist natürlich überflüssig; der die Einberufung nicht will, und daß sie sie nicht wollen, haben die Tschechen in den letzten Tagen ausreichend gesagt, hat natürlich auch seine „Gründe“. Aber auf die erstaunliche Uebereinstimmung der Nationalisten auf gegensätzlicher Seite kann immerhin hingewiesen werden. Herr Wolf befürchtet, daß sich das Parlament wie ein Sperrblock vor die deutschen Forderungen legen würde, und er hofft, wenn das gefährliche Parlament ferngehalten wird, daß seine deutsche Ordnung verwirklicht wird. Aber die Stimmen aus Prag zeigen uns, daß die Tschechen auf den Sperrblock nicht hoffen und den parlamentslosen Zustand nicht fürchten. Und doch stimmen sie, Wolf und „Narodni Listy“, in dem Wunsche, daß die Einberufung unterbleibe, völlig überein. Wer Rätsel liebt, wird auch dieses zu lösen treffen.

Nachdem wir derart das Bürgertum unserer zwei größten Nationen vernommen haben, wenden wir unsere Aufmerksamkeit der heutigen Debatte im deutschen Reichstag zu. Aber wir werden uns hüten, mit dieser großen politischen Auseinandersetzung die heimische „Debatte“ zu vergleichen: der Abstand wäre zu betrüblich. Wir sehen einen Reichstag, der, seiner Geltung voll bewußt, im Namen der Nation spricht und handelt. Und wir sehen die deutsche und die tschechische Bourgeoisie in Oesterreich dafür eintreten, daß Oesterreich kein Parlament haben kann und kein Parlament braucht! Welche jämmerlichkeit!